

soli aktuell



Arbeitslosengeld: Neutral ist gar nichts

ALG I verlängern? Ja, warum nicht? Aber im Arbeitsmarkt schlummern noch ganz andere Probleme, sagt die DGB-Jugend.

Die DGB-Jugend begrüßt die Diskussion um eine längere Zahlung des Arbeitslosengeldes I (ALG I) an ältere ArbeitnehmerInnen. »Klar ist aber auch: Das geht auf keinen Fall mit einer kostenneutralen Lösung – und damit zu Lasten der Jugendlichen«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Den Beschluss für die längere Bezugsdauer von ALG I hat das höchste Gremium der DGB-Jugend, der Bundesjugendausschuss, auf seiner Sitzung am 30./31. Oktober 2007 in Kassel einstimmig gefasst.

Das Engagement für Ältere ist bei der Gewerkschaftsjugend nichts Neues: Sie hatte sich schon gegen die Rentenaltererhöhung auf 67 Jahre stark gemacht. Die Rechnung ist einfach: Je schlechter es den Älteren geht und je länger sie ar-

beiten müssen, desto weniger Berufseinstiegschancen haben junge Leute.

Bei der DGB-Jugend nimmt man deshalb die Debatte ums Arbeitslosengeld zum Anlass, sich die Zukunftschancen der jungen Leute genauer vorzunehmen. In erster Linie muss es darum gehen, möglichst viele Jugendliche in qualifizierte und bezahlte Arbeit zu bringen. Und: Ohne abgeschlossene Berufsausbildung steigt das Risiko erheblich, keinen existenzsichernden Arbeitsplatz zu finden. Aber diese fehlt in Deutschland 1,36 Millionen Jugendlichen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren. Dabei ist die Quote unter MigrantInnen besonders hoch. Der von der Bundesregierung geplante Kombilohn für Jugendliche ist

DGB-JUGEND: NEU IM NETZ



Der neue Webauftritt der DGB-Jugend, von »Students at work« und »Dr. Azubi« ist online! Schöner, bunter und schneller. Reinschauen und durchklicken auf: www.dgb-jugend.de

CHANCE EUROPA 2020

Jugend: Der Zukunftskongress

Aktionen und Visionen: 120 Jugendliche aus unterschiedlichen Ländern Europas entwickeln auf dem Europäischen Zukunftskongress vom 2. bis zum 7. Dezember in Berlin Leitbilder für eine europäische Jugendpolitik.

www.europa-2020.eu

INHALT

3 **ausbildung + beruf**

Studiengebühren: GEW und fzs klagen bei den Vereinten Nationen

Studienfinanzierung: Reicht nicht
Hessen: Teilerfolg vor Gericht

4 **projekte**

Typisch Gewerkschaftsjugend: Erfolgreich auf der DBJR-Vollversammlung

5 **thema**

Das nächste große Ding: Die europaweite Praktika-Initiative. Wir erklären, worum es geht

6 **azubi-ratgeber**

Auf die Plätze, fertig, raus: Kündigung in der Probezeit – echt kein Spaß

7 **bezirke + gewerkschaften**

BJA: Die wichtigsten Beschlüsse
Gewerkschaftsprojekt im Netz: Schule und Arbeitswelt

zwar eindeutig besser als perspektivlose Ein-Euro-Jobs, die den jungen Arbeitslosen bisher massenweise angedient werden. Die Ausgestaltung des Programms ist allerdings sehr fragwürdig. Beispielsweise soll die Qualifizierung nicht dazu dienen, einen Berufsabschluss nachzuholen, obwohl die Betriebe über Facharbeitermangel klagen. Deshalb drohen die TeilnehmerInnen des Programms in einer beruflichen Sackgasse zu landen, weil sie wegen mangelnder Qualifikation sehr schnell wieder arbeitslos sein könnten.

Nicht hinnehmbar ist aus Sicht der DGB-Jugend auch die geplante Vorschrift, dass der Kombilohn für arbeitslose Jugendliche nur bei Einkommen von bis zu 1.000 Euro gewährt werden soll. Dies entspricht selbst nach Berechnungen der Koalition bei einer 40-Stunden-Woche einem Bruttostundenlohn von 5,77 Euro.

Es könne nicht angehen, dass mit dem Kombilohn Lohndumping gefördert werde, sagt Rudolf: »Deshalb muss das Programm durch eine Vorschrift ergänzt werden, die sicherstellt, dass mindestens Tariflohn gezahlt wird.«

Chefinsache

Bildung ■ Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) will die Bildungschancen für Kinder von Zuwanderern verbessern. »Kinder und Jugendliche gleich welcher Herkunft müssen die gleichen Chancen auf Bildung, Schule, Hochschule und Beruf haben«, so die Politikerin im Oktober 2007 in Berlin. Und: »Wir können auf kein einziges Talent verzichten.«



A. Merkel

Merkel räumte Schwächen im deutschen Bildungssystem ein. Es gebe in Deutschland noch immer eine Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialer Herkunft. »Diese Abhängigkeit muss durchbrochen werden.« Dazu sei auch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Staat und privaten Institutionen wie Stiftungen notwendig.

In der Regel

Praktika I ■ Die Bundestagsfraktion Die Linke hat sich erneut nach Praktika beim Bund erkundigt (Soli berichtete). Ergebnis: Die Bundesregierung kann »in der Regel« noch immer keine Vergütung gewähren. Begründung: Es handele sich zu meist um Pflichtpraktika im Rahmen eines Studiums. Beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gibt es seit Juli 2007 immerhin 100 Euro pro Monat, um den »Praktikumsmehraufwand« zu decken.

Gute Richtlinien

Praktika II ■ Die Deutsche Journalisten-Union in ver.di, die Jugendpresse Deutschland und der Deutsche Journalisten-Verband haben gemeinsame Richtlinien für journalistische Praktika veröffentlicht, da die Medien nach wie vor eine besonders praktikaintensive Branche sind.

Die Richtlinien im Internet: www.dju.verdi.de

Gut zementiert



R. Becker

Ausbildungszahlen ■ Aha: Die Bundesagentur für Arbeit (BA) rechnet trotz sinkender Schülerzahlen und guter Konjunktur noch für weitere fünf Jahre mit einem Mangel an Ausbildungsplätzen. Aber: »Die in den vergangenen Jahren stark angestiegene Zahl an Altbewerbern wird sich bis in die nächste Dekade verflachen. Dann werden sich die Betriebe intensiver um Jugendliche bemühen, auch wenn diese nicht alle Wunschanforderungen erfüllen« (BA-Vorstand **Raimund Becker**). Diese Trendwende erwarte die Bundesagentur »spätestens etwa 2012 oder 2013«.

Am Rande

Junges Existenzminimum ■ Die staatliche Hilfe für in Armut lebende Kinder reicht nach Ansicht der Nationalen Armutskonferenz (NAK) nicht aus. Der Zusammenschluss von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden hat im Oktober 2007 eine Anhebung der Regelsätze von mindestens 10% gefordert. Bisher stehen Kindern unter 14 Jahren monatlich 208 Euro zu. Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren haben ein Anrecht auf 278 Euro. Nach NAK-Angaben leben von 14,5 Mio. Minderjährigen mindestens 2,2 Mio. mit ihren Familien am Rande des Existenzminimums.

Staat gefragt

IG Metall für Junge ■ Die IG Metall hat den Erhalt der staatlichen Förderung für die Altersteilzeit gefordert. Statt der starren Rente mit 67 soll es eine solidarische Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt geben. Die Bundesregierung müsse gesetzliche Voraussetzungen für flexible Modelle zum Ausstieg aus dem Arbeitsleben vor 67 Jahren auf den Weg bringen. Andernfalls drohe ein dramatischer Anstieg sowohl der Arbeitslosigkeit von älteren Arbeitnehmern als auch bei Jugendlichen. Die geförderte Altersteilzeit läuft 2009 aus.

www.igmetall.de

Verhandelt selbst!

ver.di-Jugend ■ Erstmals haben Gewerkschaftsjugendliche einen Tarifvertrag über Ausbildungsvergütungen maßgeblich selbst verhandelt: Der neue Entgelt-Tarifvertrag für die 2.000 Azubis an den vier Uni-Kliniken Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm, den ver.di Baden-Württemberg Ende Juni 2007 abgeschlossen hat, ist von der Jugend-Tarifkommission der Uni-Kliniken (»JuTUKa«) ausgehandelt worden. Der Vertrag sieht vor, dass die Tarifeinkommen bis 1. Januar 2008 in zwei Schritten um 45 Euro steigen.

<http://gesundheit-soziales.bawue.verdi.de>

Verzögerte Jugend

BiBB-Studie zu »Alt«-Bewerbern ■ Auszubildungsanfänger unter 18 Jahren sind zu einer Minderheit geworden, wie das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) in seinem Report feststellt. Denn Haupt- und Realschulabsolventen benötigen immer mehr Zeit, bis ihnen der Einstieg in die Lehre gelingt. Besondere Probleme haben Schulabgänger mit weniger guten Noten, und dies vor allem in Regionen mit schlechter Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Aber auch das Geschlecht, die soziale Einbindung der Jugendlichen vor Ort und ihre familiäre Herkunft beeinflussen die Übergangszeit.

www.bibb.de/de/30483.htm

150 Euro

Dicke Schultüte ■ Für Kinder von Hartz IV-BezieherInnen ist ein einmaliger Zuschuss von 150 Euro zur Einschulung im Gespräch. Erwogen wird dieses »Schulstart-Paket« von Bundesarbeitsminister **Franz Müntefering** (SPD), wie die »Passauer Neue Presse« am 7. November 2007 berichtete.

Das Blatt zitierte aus einem internen Papier, das sich mit der Überprüfung der Anpassungsmechanismen bei Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II befasst. Ministeriumssprecher **Stefan Giffeler** sagte dazu, es handele sich um einen vorläufigen Bericht. Müntefering werde seine abschließende Haltung »in den nächsten Wochen erläutern«.

Bahn muss bleiben

DBJR genervt ■ Deutschlands Jugendverbände lehnen neue Vorschläge zur Privatisierung der Bahn ab: »Die Deutsche Bahn ist ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss deshalb vor allem dem Allgemeinwohl dienen«, so **Detlef Raabe**, Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR).

Eine Privatisierung der Bahn – egal mit welchem Modell – werde automatisch im Zuge der Renditeerwartungen zu Fahrpreiserhöhungen, zur Ausdünnung der Angebote gerade im ländlichen Raum und damit zu einem Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen führen.

www.dbjr.de

Schlechte Laune

Ist nicht kündigungsrelevant ■ Auszubildenden darf auch nach wiederholtem Fehlverhalten nicht einfach gekündigt werden. Richter des hessischen Landesarbeitsgerichts gaben damit der Klage eines Mechanik-Lehrlings gegen einen Kfz-Reparaturbetrieb statt und erklärten die fristlose Kündigung des Ausbildungsverhältnisses für gegenstandslos. Der Betrieb hätte vorher mindestens eine Abmahnung aussprechen müssen.

Der Lehrling war in der Berufsschule abgesehen und Kunden gegenüber unhöflich aufgetreten. Zur Kündigung kam es, nachdem er zwei Mal gegen das betriebsinterne Fahrverbot verstoßen und jeweils kleinere Sachschäden verursacht hatte.

LAG Hessen, Az.: 17 Sa 518/07

Personal

Christian Beck, 22, ist neuer Bundesjugendsekretär der IG BAU.



C. Beck

Eins ist sicher: Die Armut

»Soziale Selektion«: fzs und Bildungsgewerkschaft GEW gehen bei den UN gegen Studiengebühren vor.

Der Hochschulzugang ist in Deutschland schon heute in besonderem Maße von der sozialen Herkunft abhängig. Studiengebühren verstärken die soziale Auslese und halten viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger vom Studium ab.« Andreas Keller ist sauer. »Wir brauchen endlich eine soziale Öffnung der Hochschulen«, erklärt der GEW-Funktionär, der im Vorstand seiner Gewerkschaft für Hochschule und Forschung verantwortlich ist.

Was den Mann so auf die Palme bringt: Die Studiengebühren in Deutschland verletzen den durch den »Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte« (UN-Sozialpakt) gewährleisteten Anspruch auf Bildung. So jedenfalls lautet das Ergebnis eines Berichts der GEW und des freien Zusammenschlusses von studentInnenenschaften (fzs) an die Vereinten Nationen (UN), den beide Organisationen am 22. Oktober 2007 in Berlin vorgestellt haben.

In ihrem Bericht zeigen der studentische Dachverband und die GEW auf, welche

Auswirkungen allgemeine Studiengebühren haben, die bereits in sieben Bundesländern eingeführt worden sind.

Bundestag und Bundesrat haben den UN-Sozialpakt 1973 ratifiziert. Die Bundesrepublik Deutschland sei damit dazu verpflichtet, »den Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere die allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann gleichermaßen entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich« zu machen (Artikel 13).

»Durch die Einführung von Studiengebühren verstoßen die Länderregierungen gegen Geist und Buchstaben des durch den UN-Sozialpakt gewährleisteten Rechts auf Bildung«, erklärt der Münsteraner Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöbler, einer der Verfasser des

von fzs und GEW vorgelegten UN-Berichts. »Durch die Umsetzung des UN-Sozialpakts als Bundesgesetz ist das darin verankerte Recht auf Bildung Bestandteil unseres Bundesrechts geworden, das auch für die Länder verbindlich ist«, betont Achelpöbler.

fzs und GEW gehen davon aus, dass sich sowohl Bund und Länder als auch die Recht-

sprechung im Falle einer Rüge durch die UN nicht länger über die Verbindlichkeit des im UN-Sozialpakt verankerten Rechts auf Studiengebührenfreiheit hinwegsetzen könnten. Die Bundesrepublik war bereits im Zusammenhang mit der Einführung von Verwaltungsgebühren gemahnt worden, keine zusätzlichen Gebühren einzuführen. Bis zum Sommer 2006 sollte die Bundesregierung dem UN-Ausschuss über den Stand der Umsetzung des UN-Sozialpakts berichten. fzs und GEW kritisieren, dass die Bundesregierung diesen Staatenbericht bis heute nicht vorgelegt hat.

Die DGB-Jugend unterstützt das Vorgehen der beiden Organisationen: »Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen«, sagt Jessica Heyser vom Bereich Jugend beim DGB-Bundesvorstand – und versteht die Realitätsverzerrung der deutschen Politik nicht:

»Das ist schizophren: Einerseits wird der Fachkräftemangel beklagt, andererseits werden junge Menschen insbesondere aus ärmeren Schichten vom Studium abgehalten: durch Gebühren und durch ein schon seit Jahren nicht erhöhtes BAföG, das dazu noch zu wenige beanspruchen können.« www.gew.de, www.fzs.de

»Der Hochschulzugang ist schon heute in besonderem Maße von der...«

»Durch die Einführung von Studiengebühren verstoßen die Länderregierungen gegen Geist und Buchstaben des durch den UN-Sozialpakt gewährleisteten Rechts auf Bildung«, erklärt der Münsteraner Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöbler, einer der Verfasser des

...sozialen Herkunft abhängig. Studiengebühren verstärken die soziale Auslese.« Andreas Keller, GEW

Erhöhung kommt

BAföG: Jetzt ist doch eine zehnprozentige Erhöhung wahrscheinlich.

Das BAföG soll erst zum Wintersemester 2008, dann aber um zehn Prozent steigen. Außerdem werden die Freibeträge um acht Prozent angehoben. Darüber haben sich nach Aussage mehrerer Politiker der Regierungskoalition in ihren Haushaltsberatungen am 6. November 2007 verständigt. Das Gesetz soll am 16. November 2007 verabschiedet werden.

Neben der Anhebung der Fördersätze sollen weitere Verbesserungen kommen: Der geplante Kinderzuschlag für studentische Eltern soll steigen und die elternunabhängige Förderung für Kollegiaten und Berufsoberschüler nicht eingeschränkt werden. Mit dem neuen BAföG soll man künftig bereits vom ersten Semester an im Ausland studieren können.

Die Fördermittel waren seit 2002 nicht

mehr erhöht worden. Noch im Februar 2007 hatte das Kabinett eine Erhöhung gänzlich abgelehnt und auf die Haushaltskonsolidierung verwiesen. Die Gewerkschaft ver.di hatte darauf verwiesen, dass die 22. BAföG-Novelle für junge Menschen Nachteile bringe, die das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg erwerben wollen, ohne vorher gearbeitet zu haben.

Also alles paletti? Mitnichten: Der Präsident der Studentenwerke, Ralf Dobischat, merkte an, gleichwohl würde bei einem Wirksamwerden der Erhöhung erst zum Herbst 2008 die Preis- und Einkommensentwicklung dieses Jahres nicht berücksichtigt. Der studentische Zusammenschluss fzs forderte eine Regelung im Gesetz, nach der das BAföG künftig jährlich den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst wird. [S](#)

HESSEN

Teilerfolg

Achtung: Studiengebühren könnten in Hessen verfassungswidrig sein! Am 2. November 2007 hat das Verwaltungsgericht Gießen in einem Eilverfahren angeordnet: Ein Student, der gegen Studiengebühren geklagt hatte, braucht diese vorerst nicht zu zahlen. Trotzdem bleibt er weiterhin immatrikuliert.

Die Richter folgten der Argumentation des Klägers – die Einführung von Studiengebühren verstoße gegen die hessische Landesverfassung. Studiengebühren seien nicht mit Artikel 59 der Verfassung vereinbar. Dieser sieht vor, dass »in allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen der Unterricht unentgeltlich ist«.

Die endgültige Entscheidung darüber, ob Studiengebühren in Hessen verfassungswidrig sind, wird jedoch erst die Verfassungsklage herbeiführen. Über diese wird der Staatsgerichtshof in Wiesbaden im Frühjahr 2008 verhandeln. [S](#)

Typisch Gewerkschaftsjugend

Auf der 80. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) wurde der Jugendgewerkschafter Detlef Raabe erneut zum Vorsitzenden gewählt. Von Dirk Neumann

Der DBJR – das ist ein starkes Netzwerk der Jugendverbände in Deutschland. Die DGB-Jugend gehört zu den sieben Gründungsmitgliedern des DBJR, der sich Anfang Oktober 1949 konstituierte. Seither hat sich die Zahl der Mitgliedsorganisationen auf 24 vergrößert, hinzu kommen die Landesjugendringe und fünf Anschlussverbände. Insgesamt sind im DBJR rund 5,5 Millionen Jugendliche organisiert.

»Der Deutsche Bundesjugendring hat mit seiner Arbeit der vergangenen zwölf Monate gezeigt, dass jugendpolitische Einmischung erfolgreich ist, wenn sie eine zukunftsorientierte Dimension hat« – mit diesen Worten eröffnet Detlef Raabe, Vorsitzender des DBJR, die 80. Vollversammlung des Zusammenschlusses am 26. Oktober 2007 in Hannover.

Über 100 Delegierte sind zusammengekommen, um den Vorstand neu zu wählen und über Anträge der Mitgliedsverbände zu diskutieren und zu beschließen. Die DGB-Jugend stellt sechs Delegierte, für die neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit aktuellen Themen der Jugendarbeit auch die Wahl des Vorsitzenden im Mittelpunkt stand. Denn zum dritten Mal in Folge kandidiert Detlef Raabe von ver.di für den Vorsitz – und wird mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Auch seine fünf StellvertreterInnen werden in ihren Ämtern bestätigt.

Im Mittelpunkt der Beratung: das Thema »Demographischer Wandel – Gestaltung unter veränderten Rahmenbedingungen.« Hier geht es um Perspektiven für die Jugend, um Zukunftschancen: Welche Stellung muss Jugendpolitik in der Gesellschaft haben?

Die Alten werden immer mehr, die Jugendlichen immer weniger – aber kann das als Begründung ausreichen, kaum noch Jugendpolitik zu betreiben und dabei in einem Katastrophendauerzustand zu verharren, in dem jährlich 300.000 junge Menschen keinen Ausbildungsplatz finden?

Der größte Zusammenschluss von Jugendverbänden hierzulande kann da nicht tatenlos bleiben. In seinem Antrag kritisiert der DBJR-Vorstand, dass »die Begründung: ›Der demografische Wandel wird's schon richten‹ für politisches Nichthandeln genutzt wird« – und verweist dabei insbesondere auf den Bereich der Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Allen Versuchen, die demographischen Veränderungen in Deutschland als Begründung für Einsparungen und Angebotsreduzierungen zu Lasten von Kindern und Jugendlichen oder für politisches Nichthandeln heranzuziehen, erteilen die Delegierten eine klare Absage. Konsequenterweise unterstreicht der DBJR seine Forderungen nach sofortiger Einführung einer Umlagefinanzierung und dem Erhalt der dualen Ausbildung als Basis der beruflichen Bildung. Auch die grundsätzliche Ablehnung von Studiengebühren findet sich in diesem Antrag wieder, der nach ausgedehnter Diskussion einstimmig angenommen wird.

Das Thema Ausbildung steht weit oben auf der Agenda der Vollversammlung: Vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) wird ein Antrag eingebracht, der die

Verbesserung der Ausbildungssituation und der beruflichen Integration junger Frauen thematisiert.

Darin wird die Politik aufgefordert, im jährlichen Berufsbildungsbericht durchgängig nach Geschlecht differenzierte Daten auszuweisen und diejenigen Fakten der beruflichen Aus- und Weiterbildung in einem eigenen Kapitel intensiver zu behandeln, die Geschlechterungerechtigkeit implizieren. »So werden die ›typischen Männerberufe‹ im dualen System mit tariflichen Vergütungen ausgebildet, während viele ›typischen Frauenberufe‹, zum Beispiel im sozialen Bereich, als schulische Ausbildung angeboten werden, für die sogar oft noch Schulgeld bezahlt werden muss«, muss Andrea Hoffmeier, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, feststellen.

Darüber hinaus werden Unternehmen aufgefordert, verstärkt Ausbildungsplätze im dualen System anzubieten und gerade im gewerblich-technischen Bereich positive Arbeitsbedingungen für Frauen zu schaf-



Kräftige Worte für die Jugend: Detlef Raabe, neuer alter DBJR-Vorsitzender

fen. Von den Schulen erwartet der DBJR zukünftig, die Begabungen und Interessen von Mädchen und Jungen gleichberechtigt zu fördern, so dass die Ausbildungsentscheidung unabhängig von Rollenklischees getroffen werden.

Kein Wunder, dass Daniel Bremm von der DGB-Jugend West die ausdrückliche Unterstützung der gesamten Gewerkschaftsjugend für diesen wichtigen Antrag ausspricht, der schließlich ebenfalls einstimmig von den Delegierten angenommen wird.

... zu Lasten von Kindern und Jugendlichen zu nutzen, erteilen die Delegierten eine klare Absage.

Die Forderung der Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz, der Konkreti-

sierung des nationalen Integrationsplans sowie eine Positionierung zu Änderungen des Zuwanderungsrechts sind weitere Themen in Anträgen der Mitgliedsverbände.

Für besondere Aufregung dank intensiver Debatte sorgt das Thema Klimawandel. Die Antragsteller fordern darin u.a. den sofortigen Stopp der Kohle-Subvention.

Nicht mit uns! – Die DGB-Jugend kann hier erfolgreich intervenieren. Und die Delegierten einigen sich schließlich auf die Forderung, die Kohlesubvention langfristig auslaufen zu lassen – dies aber sozialverträglich und unter Aufbau von Beschäftigungsalternativen. [5](#)

Dirk Neumann ist politischer Referent der DGB-Jugend.

Das nächste große Ding

Ab 21. November 2007 wird es eine europaweite Praktika-Initiative geben. *Soli aktuell* klärt die wichtigsten Fragen.

Junge Menschen in ganz Europa haben schwer mit dem Phänomen Prekarität zu kämpfen. Allein in Frankreich und Deutschland gibt es jedes Jahr mindestens 1,5 Millionen PraktikantInnen. Hochgerechnet bedeutet das: In der gesamten EU gibt es mehrere Millionen junger Leute, die jährlich als Praktikanten beschäftigt werden – und womöglich Normalarbeitsplätze verdrängen.

Zeit, das Thema Praktikum im großen Maßstab zu behandeln: Im Rahmen seiner zweiten Konferenz am 20. und 21. November 2007 in Brüssel wird das Netzwerk Generation P, in dem die DGB-Jugend ein wichtiges Mitglied ist, eine Petition an das EU-Parlament vorstellen, die anschließend online unterzeichnet werden kann.

EU-Kommissar Vladimir Spidla, zuständig für Arbeit und Soziales, findet die Verbreitung von Praktika skandalös. Wieso verbietet er sie nicht?

Geht nicht! Silvia Helbig von der DGB-Ju-

gend: »Ich glaube nicht, dass der das kann. Und das soll er auch gar nicht. Praktika sind eine gute Gelegenheit, erste Berufserfahrungen zu sammeln und sich zu orientieren. Wir haben nur etwas dagegen, wenn sich Unternehmer mit ›Schein-Praktika‹ vor der Bezahlung von Arbeit drücken wollen.«

Um welche Länder geht's?

Eine Menge: Im Netzwerk Generation P haben sich bisher französische, italienische, österreichische, deutsche und belgische – hier insbesondere die Praktikanten des EU-Parlaments – zusammengeschlossen. In diesen Ländern ist das Problem demnach besonders groß.

Frauke Austermann, Initiatorin der Petition: »Weitere Länder sind: Schweiz, Großbritannien – und seit kurzem auch: Israel.«

Wie ist es mit den neuen Beitrittsländern?

Schwierig! Aus Polen sind schon Anfragen eingegangen. Helbig: »Aber der Großteil der jungen Polen geht z.B. zur Arbeit nach Großbritannien. Da zeigt sich, welche Chance die Unternehmen verspielen, wenn sie den Nachwuchs durch schlechte Chancen am Arbeitsmarkt vergraulen.«

Gibt es ein Land, das seine Jugendlichen gut behandelt?

Geht so: Man kann sich daran orientieren, wo die Beschäftigungsquote Jugendlicher besonders hoch und die Arbeitslosenquote besonders niedrig ist. Die Mitgliedsstaaten mit der höchsten Beschäftigungsquote junger Menschen waren im zweiten Quartal 2006 die Niederlande (66,2 Prozent), Dänemark (63,7 Prozent), Österreich (52,3 Prozent) und Großbritannien (52,2 Prozent). Die höchste Erwerbslosenquote unter Jugendlichen hatten Rumänien (23,4 Prozent) und Italien (20,1 Prozent).

Was sagt der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB)?

Ran an den Speck! Andreas Köppe, DGB-Jugend-Vertreter beim EGB: »Wir wollen öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema, das derzeit im EGB-Jugendkomitee heiß diskutiert wird – Tenor der Delegierten: ›Hey, wir sind nicht allein damit.‹« Austermann: »Unsere EU-Kampagne habe ich dem EGB-Jugend-Komitee im September 2007 vorgestellt, und sie wurde sehr positiv aufgenommen.« John Monks, der Vorsitzende des EGB, wird auf der Konferenz den Standpunkt seines Verbandes präsentieren.

Was ist das Ziel der Kampagne?

Erfolg! Sehr viele Unterschriften zu sammeln, die den EU-PolitikerInnen deutlich machen, dass sie handeln müssen. Helbig: »Ich denke, das können wir schaffen – das hat der überraschende Erfolg unserer Petition an den Deutschen Bundestag mit einer Rekordbeteiligung von über 60.000 Unterschriften gezeigt.«

Bewirken solche Petitionen denn überhaupt etwas?

Klar! Eine Petition mit vielen tausend Unterschriften sollte den Entscheidern in der Politik zeigen, welche Bedürfnisse und Meinung die von ihnen vertretenen Menschen haben. Sie kann ein Stimmungsbarometer sein und deutlich machen, wo Handlungsbedarf besteht.

Es ist durchaus realistisch zu glauben, dass sich was tun wird – vor allem, weil die Kommission im September angekündigt hat, nächstes Jahr zu handeln: Sie will eine »Initiative für eine europäische Qualitätscharta für Praktika« vorschlagen.

Was wird nach dem 21. November 2007 passieren?

Alles! Die Petition wird zur Unterzeichnung online gestellt, Unterschriften werden bis April 2008 gesammelt. Austermann: »Danach wird die Petition ›feierlich‹ an den entsprechenden Ausschuss im EU-Parlament überreicht.«

Hat sich die Wahrnehmung in Sachen prekäre Beschäftigung verändert?

Todsicher: Mit der laufenden Debatte um ein einheitlicheres Arbeitsrecht auf EU-Ebene im »Grünbuch Arbeit« hat die Diskussion darüber begonnen, wie viel Regulierung der europäische Arbeitsmarkt braucht. Das Stichwort »Flexicurity« (aus engl. flexibility – Flexibilität und security – Sicherheit) spielt dabei eine wichtige Rolle. Helbig: »Dabei geht es um die Frage, wie eine erhöhte Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt mit einer Absicherung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verknüpft werden kann. Die Gewerkschaften setzen sich dafür ein, dass die ›Security‹ nicht unter den Tisch fällt.«

Frauke Austermann (l.) von Generation P ist Initiatorin der EU-Kampagne. Silvia Helbig, ist politische Referentin der DGB-Jugend. Andreas Köppe ist Vertreter der DGB-Jugend beim EGB.




EU-PETITION

Das will die EU-Praktika-Initiative

Die EU soll aufgefordert werden, gegen den Praktikanten-Missbrauch anzugehen, entsprechende Gesetze zu verabschieden und:

- Praktika generell in EU-Statistiken zu berücksichtigen
- von den EU-Mitgliedstaaten Daten und Analysen in Sachen Praktika zu erfragen
- eine vergleichende Studie zu den verschiedenen Praktika-Formen in den EU-Ländern zu produzieren
- europäische Mindestnormen und -standards zu Praktika zu verabschieden.

Diese sollten Folgendes beinhalten:

- die zeitliche Begrenzung von Praktika
- einen landesüblichen Mindestlohn
- soziale Absicherung durch eine entsprechende Beteiligung an den Sozialversicherungssystemen und eine Verknüpfung des Praktikums mit dem entsprechenden Studienfach oder einer entsprechenden schulischen oder beruflichen Ausbildung. 

Weitere Infos zur Konferenz und der Petition: www.dgb-jugend.de

Auf die Plätze, fertig – raus

Schade: Kaum angefangen, schon sitzt man wieder auf der Straße. Eine Kündigung in der Probezeit ist für Azubis echt kein Spaß – und Beratung fällt schwer. Gibt's wirklich keine Gegenmaßnahmen? Nicht viele, aber...

Der Ausbilder kann den Auszubildenden in der Probezeit ohne Angabe von Gründen schriftlich kündigen (§ 22 Berufsbildungsgesetz; BBiG). Die Kündigung ist in der Regel fristlos – und in den meisten Fällen kann man in der Probezeit rechtlich nichts dagegen unternehmen. Trotzdem sollte man einige Punkte überprüfen.

Gibt es noch Vermittlungsmöglichkeiten?

Besteht die Möglichkeit, zwischen Ausbilder und Azubi zu vermitteln und die Kündigung rückgängig zu machen? Kann man eine Auslaufrfrist vereinbaren?

Bei einer Kündigung in der Probezeit kann auch eine Auslaufrfrist zugebilligt werden, z.B. zwei Wochen. Besteht die Möglichkeit, mit dem Betrieb eine Vereinbarung darüber zu treffen? Der Auszubildende würde so wichtige Zeit für eine Neubewerbung gewinnen.

Legt ein Tarifvertrag eine kürzere Probezeit fest als gesetzlich vorgesehen?

Das BBiG wurde im Jahr 2004 reformiert. Vor der Reform galt, dass die Probezeit maximal drei Monate betragen darf. Seit 2004 kann sie vier Monate betragen. Es gibt allerdings noch Tarifverträge, die vorschreiben, dass die Probezeit nur drei Monate dauern darf. Das sollte man überprüfen. Falls ein Tarifvertrag Anwendung findet, gilt laut Günstigkeitsprinzip diese Regelung.

Gilt ein besonderer Kündigungsschutz?

Auch in der Probezeit gilt nach dem Mutterschutzgesetz ein besonderer Kündigungsschutz für Schwangere. Außerdem gilt ein besonderer Kündigungsschutz für Mitglieder der Jugendvertretung bzw. des Wahlvorstandes und der Wahlbewerber. Hier muss die Zustimmung des Betriebsrates zur Kündigung erfolgen.

War der Auszubildende noch in der Probezeit?

In manchen Fällen erfolgt eine Kündigung in der Probezeit nach Ablauf der Probezeit. Eine Verlängerung der Probezeit ist nur möglich, wenn die Ausbildung während der Probezeit um mehr als ein Drittel entfällt. Wenn im Ausbildungsvertrag oder in

einer Zusatzvereinbarung eine längere Probezeit als vier Monate angegeben ist, ohne dass Ausbildungszeit entfallen ist, dann ist diese Angabe nichtig. Der Auszubildende kann nicht mehr in der Probezeit gekündigt werden.

War der Auszubildende vor der Ausbildung bereits im Betrieb beschäftigt?

Hier gehen die Meinungen auseinander und Gerichte haben unterschiedlich geurteilt. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass eine vorherige Beschäftigung, die in engem Zusammenhang mit der Ausbildung stand (z.B. Praktika), auf die Probezeit angerechnet werden muss, bzw. die Probezeit nur die Mindestzeit von einem Monat betragen darf.

Falls der Auszubildende nicht in den Betrieb zurückkehren will oder die Kündigung in der Probezeit wirksam ist, sollte möglichst schnell eine Alternative gefunden werden.

Checkliste bei wirksamer Kündigung in der Probezeit

Leistungen geltend machen

Auch bei einer Kündigung in der Probezeit stehen dem Auszubildenden das Restgehalt bis zum Kündigungstag und Urlaub zu, die ausbezahlt werden müssen. Er hat auch Anspruch auf ein – je nach Wunsch – einfaches oder qualifiziertes Arbeitszeugnis.

Arbeitslos melden

Der Auszubildende sollte sich umgehend bei der Agentur für Arbeit arbeitslos melden.

Berufswahl überprüfen

Gemeinsam mit dem Auszubildenden sollte die Berufswahl überprüft werden und ggf. mehrere mögliche Ausbildungsberufe festgelegt werden.

Bewerben

Dann kann man im Internet Ausbildungsplätze ab sofort herausuchen (www.arbeitsagentur.de). Der Auszubildende sollte bei allen Stellen anrufen und fragen, ob die Ausbildungsplätze noch frei sind, bevor er eine schriftliche Bewerbung losschickt. Unter Umständen ist auch eine Blindbewerbung sinnvoll. Auch eine landes- oder bundesweite Bewerbung sollte in Betracht gezogen werden, wenn der Auszubildende in einer strukturschwachen Region lebt.

Schulbesuch klären

Wenn der Auszubildende die Ausbildung fortsetzen möchte, sollte er mit seinem

Klassenlehrer sprechen: Wahrscheinlich kann er die Berufsschule noch einige Wochen besuchen, bis er einen neuen Ausbildungsplatz gefunden hat.

Alternativen prüfen

Außerdem kommen folgende Alternativen – abhängig von der Qualifikation des Azubis

– grundsätzlich in Frage:

noch einmal zur Schule gehen und einen höheren Abschluss machen

Ausbildungen an Fachschulen und Berufsakademien

eine berufsvorbereitende Maßnahme

ein Freiwilliges Soziales

Jahr (www.pro-fsj.de) oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (www.foej.de)

Au-Pair im Ausland

Wehr- oder Zivildienst

ein Studium.

Achtung!

Immer wieder suchen Auszubildende Beratung, die selbst in der Probezeit kündigen wollen, weil sie merken, dass sie mit ihrem Ausbildungsplatz nicht zufrieden sind. Bei der derzeitigen Lage auf dem Ausbildungsmarkt finden viele junge Menschen nur schwer einen Ausbildungsplatz. Deshalb sollte man eine Kündigung in der Probezeit, die vom Azubi ausgeht, nicht unterstützen, ohne vorher einige Fragen zu klären:

Stören den Azubi Dinge, mit denen er auch in anderen Ausbildungen rechnen muss, wie z.B. die 40-Stunden-Woche?

Wie läuft die Ausbildung im Betrieb ab? Erhält der Azubi eine qualifizierte Ausbildung?

Ist das Betriebsklima gut oder schlecht – und wie stehen die Chancen, dass sich hier noch etwas ändert?


Möchte der Auszubildende den Beruf nicht lernen? Oder ist er in dem Betrieb unglücklich?

Ist es denkbar, dass der Auszubildende noch eine längere Eingewöhnungszeit braucht, um bestimmte Schwierigkeiten zu überwinden?

Hat der Auszubildende eine geringe oder hohe Frustrationstoleranz?

Falls er andere Berufswünsche hat: Sind diese realistisch?

Hat der Auszubildende bereits eine Alternative oder ist er nach der Kündigung arbeitslos?

Welche Chancen hat der Jugendliche auf dem Ausbildungsmarkt? 



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller

Nachhaltig wirtschaften

Mit neuen Ideen ins neue Jahr: Am 30. und 31. Oktober 2007 hat der DGB-Bundesjugendausschuss (BJA) getagt. Die wichtigsten Themen und Beschlüsse.

Berlin 08

Der BJA hat die Beteiligung der DGB-Jugend an »Berlin 08 – Festival für junge Politik« am 13. bis 15. Juni 2008 in der Wuhlheide/Berlin beschlossen. Für die Entwicklung und Umsetzung wird eine Arbeitsgruppe gegründet. Eine übergeordnete Rolle bei allen Veranstaltungen der DGB-Jugend soll die Initiative »Ausbildung für alle« spielen.

Ausbildung für alle

Nicht erst seit gestern sind JugendgewerkschafterInnen in Sachen Grundrecht auf Ausbildung aktiv: Immer wieder starten sie Aktionen für mehr und vor allem bessere Ausbildung. Im Rahmen der DGB-Jugend-Initiative »Ausbildung für alle« soll es aber künftig darum gehen, die verschiedenen Aktionen unter ein gemeinsames Dach zu bringen. Der Bereich Jugend beim DGB-Vorstand wird in den nächsten Wochen einen detaillierten Fahrplan ausarbeiten.

»ran an den Job«

Der BJA beschließt die Wiederauflage des Magazins »ran an den job« in überarbeiteter Form. Veröffentlichung: im Januar 2008.

Die neue »ran an den job« soll ab sofort nicht mehr automatisch jährlich erscheinen, sondern erst wieder aufgelegt werden,

wenn alle Exemplare vergriffen sind. Bei der Überarbeitung sollen gewerkschaftliche Themen eine größere Rolle spielen. Das Layout wird angepasst.

Das Ziel der neuen »ran« ist es, stärker auf die Probleme der SchülerInnen einzugehen. Welchen Beruf wähle ich? Was ist, wenn es keinen Ausbildungsplatz gibt? Was tun bei Arbeitslosigkeit?

Die »ran an den Job« wird direkt – und kostenlos – an interessierten Schulen, über die DGB-Gliederungen und die Gewerkschaften vertrieben.

Angeregt wurde auch eine Bestandsaufnahme aller Publikationen in diesem Bereich und ggf. eine Überarbeitung.

Berufsschularbeit

Die gewerkschaftliche Berufsschularbeit ist extrem erfolgreich. Dennoch wurde hier ein neues Konzept entwickelt. Das Zauberwort heißt Nachhaltigkeit.

Vor Ort wird künftig ein bundesweit einheitlicher Auftritt auf dem Schulhof angestrebt (Slogans etc.). In der Ausbildung soll es gemeinsame Qualitätsstandards geben, damit die TeamerInnen besser aktiv beraten können. Es wird eine verbesserte Vernetzung geben – und einmal im Jahr eine Konferenz mit allen ehren- und hauptamtlichen Aktiven. Eine eigene Homepage mit Terminen und herunterladbaren Unterrichtsmaterialien wird TeamerInnen, SchülerInnen und vor allem: LehrerInnen gleichermaßen ansprechen. Als Pilotprojekt werden die Gewerkschaften eine Region bestimmen, in der die Funktionsfähigkeit des neuen Kon-

TERMINE 2008

- 22. Januar 2008, Berlin: Tagung des Leitungsgremiums
- 11. bis 13. Februar 2008, Hattingen: Orga-Tagung der JugendbildungsreferentInnen
- 13. Februar 2008, Hattingen: Treffen der Landes- und BezirksjugendsekretärInnen
- 11. bis 12. März 2008, Berlin: BJA
- 23. bis 24. Juni 2008, Friedrichsdorf: Klausur Leitungsgremium
- 30. September bis 1. Oktober 2008, Hattingen: BJA
- 26. November 2008, Berlin: Leitungsgremium
- 26. November 2008, Berlin: Parlamentarischer Abend
- 27. November 2008, Berlin: Treffen der Landes- und BezirksjugendsekretärInnen S

zepts getestet wird. Mit kontinuierlicher Beratung und Kontaktpflege soll verhindert werden, dass die Berufsschularbeit für die Beteiligten nur ein einmaliges Ereignis bleibt.

Zukunftscamps

Unglücklich ist der BJA hingegen mit den vom DGB initiierten Zukunftscamps – und lehnt daher ihre Fortführung ab. Begründung: zu teuer, zu ineffektiv, kaum Resonanz in der Öffentlichkeit. Die Camps seien nicht nachhaltig und ihrer sozial-karitativen Ausrichtung fehle ein gewerkschaftliches Profil. Gegenbeispiel: die Berufswahlprojekte der DGB-Jugend, die das Serviceangebot mit gewerkschaftlicher Bildungsarbeit verbinden. S

GEWERKSCHAFTSINITIATIVE

Konkretes Angebot

Die Gewerkschaften engagieren sich zunehmend in der Pädagogik. Neu im Netz: »Schule und Arbeitswelt«.
Von **Hans-Ulrich Nordhaus**

DGB und Gewerkschaften beklagen nicht nur die Bildungsmisere, sie engagieren sich vor Ort ganz konkret für die Schulpolitik und bessere Bildung – zum Beispiel mit den regionalen Arbeitskreisen im Rahmen der Initiative »Schule und Arbeitswelt« von DGB, IG Metall, ver.di, GEW und IG BCE. Mittlerweile existieren zehn gewerkschaftliche Arbeitskreise, in denen sich Eltern, LehrerInnen, betriebliche AkteurInnen und GewerkschafterInnen für eine bessere Kooperation zwischen Schule und Arbeitswelt ein-

setzen. Die Aktivitäten der Arbeitskreise stehen im Mittelpunkt einer Fachtagung am 16. und 17. November 2007 in Dortmund. Infos zur Initiative und zu der Tagung bietet jetzt das Online-Portal www.schule.dgb.de.

Spätestens seit dem Pisa-Schock ist klar: Das Bildungssystem in Deutschland befindet sich in einem besorgniserregenden Zustand. In Sachen soziale Chancengleichheit ist Deutschland im internationalen Vergleich Schlusslicht. Die Mängelliste ist lang: miserable Förderung der Schülerinnen und Schüler, veraltete Methoden, marode Schulgebäude, häufiger Unterrichtsausfall.

DGB und Gewerkschaften sind sich mit vielen gesellschaftlichen Gruppen einig: Der Reformbedarf im deutschen Bildungswesen ist immens. Sie haben ganz konkrete Angebote vom Bewerbungstraining über Betriebserkundungen

für das Lehrpersonal sowie Schüler und Schülerinnen bis zu regionalen schulpolitischen Initiativen entwickelt.

Gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen gehen sie gegen die Missstände an und engagieren sich für eine bessere Schule. Von einer besseren Kooperation zwischen Schule und Arbeitswelt profitieren alle: die Schulen, die Betriebe, die Schüler und Schülerinnen, die Eltern, die Lehrer und Lehrerinnen, die DGB-Regionen und auch die Gewerkschaften vor Ort. S

Online-Portal »Schule und Arbeitswelt«: www.schule.dgb.de

Hans-Ulrich Nordhaus ist Referatsleiter des Bereichs Bildung beim DGB-Bundesvorstand und koordiniert das Projekt »Schule und Arbeitswelt«.



BUCHTIPP DES MONATS

»Eine andere Welt ist möglich«, behaupten seit Jahren fortschrittliche soziale Bewegungen. Nur: Wie soll sie denn aussehen, die andere Welt?

Anstöße gibt das »ABC der Alternativen«, auf dass wir alle schlauer werden. Ins Buch wurden Begriffe aufgenommen, die alternative Weltansichten eröffnen und für emanzipatorisches Denken und Handeln wichtig sind. 133 Autorinnen und Autoren von Altvater bis Zelik fragen nach historischen Entstehungskontexten, kritischen und emanzipatorischen Potenzialen. Wenn man eine Gemeinsamkeit aus den Begriffen herausziehen wollte, dann diese: Korrektes politisches Handeln findet unter sehr widersprüchlichen Bedingungen statt.

Ulrich Brand u.a. (Hg.): *ABC der Alternativen*, VSA-Verlag, Hamburg 2007, 272 S., 14 Euro



Aktionstag: Nur 31% aller Betriebe in Bayern bilden überhaupt aus. Und über ein Drittel aller Azubis in Bayern steht nach der Lehre auf der Straße. Der Gewerkschaftsjugend Bayern reicht es – sie sagt deshalb am 24. November 2007 in Nürnberg, was Sache ist: Ausbildung und Übernahme für alle!

24. November 2007. »Wir machen mobil«. Nürnberg. Infos: www.bayern.dgb.de/Jugend/index

Sozialraum Stadt: Jugendliche, die in benachteiligten Quartieren leben und aufwachsen, haben schlechtere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Was ist zu tun? In den Beiträgen eines neuen Buches des Deutschen Jugendinstituts werden politische Programme, sozialpolitische Praxis und Ergebnisse vorgestellt.

Christian Reutlinger u.a.: *Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa*, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, 262 S., 39,90 Euro



Nahrhaftes: Am 15. Dezember 2007, 16 Uhr, veranstaltet die DGB-Jugend Thüringen in Erfurt eine Jugendaktion im Rahmen der Kampagne »Grundrecht auf Ausbildung« auf dem Weihnachtsmarkt. Titel: »Ausbildungsplätzchen für mehr Ausbildungsplätze!« Hunger mitbringen.

15. Dezember 2007. »Ausbildungsplätzchen für mehr Ausbildungsplätze«. Erfurt. Infos: www.thueringen.dgb.de/Jugend

Häng einen Tag dran, Nikolaus: Am 7. Dezember 2007 veranstaltet die DGB-Jugend Hessen ihre »Lange Nacht der Ausbildung« in Frankfurt/M.

7. Dezember 2007. »Lange Nacht der Ausbildung«. Frankfurt/M. Infos: www.hessen.dgb.de/jugend

SEMINARE

Schnupperseminar Betzavta: »Miteinander« – die deutsche Übersetzung des hebräischen Worts »Betzavta« – beschreibt das Ziel dieses Trainingsprogramms sehr genau: Es geht um das Erlernen und Begreifen eines demokratischen Miteinanders in der Gesellschaft. Die Methoden beziehen die Lebenswelt und Individualität der Teilnehmenden mit ein. »Betzavta« wurde vom Jerusalemer Adam-Institut als Konzept zur Demokratie- und Toleranzerziehung entwickelt.

23. bis 25. Januar 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscod BEE 8715

Schnupperseminar Klassismus: Wie funktionieren Machtverhältnisse? »Social Justice and Diversity« ist ein Trainingsprogramm, in dem die Vermittlung von Gerechtigkeit und die Anerkennung von Verschiedenheit zentrale Themen sind. Social-Justice-Trainings werden seit den 1980er Jahren u.a. von Gewerkschaften in den USA praktiziert. Wichtiges Ziel: die demokratischen und politischen Handlungskompetenzen zu erweitern.

25. bis 27. Januar 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscod SJK 8721
Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	